

René Küpper

Die Frage der Lausitzer Sorben auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 im Spiegel tschechoslowakischer diplomatischer Quellen

Das Eintreten der tschechoslowakischen Diplomatie für die Lausitzer Sorben auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 ist zwar schon in einigen Aufsätzen¹ behandelt worden, mit der Veröffentlichung des Tagebuches von Adolf Černý,² das vom 6. Januar bis zum 12. September 1919 reicht, ist aber neuerdings eine Binnenperspektive zugänglich gemacht worden, wie sie die oft Jahre später verfassten Erinnerungen anderer Akteure der Friedenskonferenz nicht ermöglichen. Deshalb wird im Folgenden versucht, anhand von Černýs Tagebuch im Abgleich vor allem mit die Friedenskonferenz betreffenden Materialien aus dem Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik sowie Quellen aus weiteren tschechischen Archiven ein in einigen Aspekten neues oder wenigstens differenzierteres Bild zu zeichnen.³ Von besonderem Interesse sind hier Quellen aus der Feder des tschechoslowakischen Außenministers Edvard Beneš, der in enger Abstimmung mit Präsident Tomáš Garrigue Masaryk die wichtigsten Verhandlungen auf der Friedenskonferenz führte, obwohl nominell Ministerpräsident Karel Kramář Leiter der tschechoslowakischen Delegation war.

Adolf Černý⁴ war von Kramář am 22. November 1918 zum Mitglied der tschechoslowakischen Delegation für die Friedenskonferenz ernannt worden, und zwar als einer der Berater für geografische und ethnografische Fragen.⁵ Černý war aber zusätzlich vom am 13. November 1918 konstituierten Serbski narodny wuběrk [Sor-bischer Nationalausschuss] bevollmächtigt worden, auf der Friedenskonferenz mit

¹ Vgl. Lawrence P. RALSTON: The Lusitanian Question at the Paris Peace Conference, in: *The American Slavic and Eastern Europe Review* 19 (1960) 2, 248–258; Frank HADLER: Die sorbische Frage auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, in: *Lětopis* 41 (1994) 1, 90–98 sowie Alexander MAXWELL: Edvard Beneš and the Soft Sell. Czechoslovak Diplomacy toward Lusatia, 1918–19, in: *Bohemia* 54 (2014) 2, 348–367. Für den Hinweis auf den Beitrag von Ralston danke ich Jana Piňosová (Bautzen).

² Jan CHODĚJOVSKÝ (Hg.): Paříž 1919. Mírová konference očima poradců československé a polské delegace [Paris 1919. Die Friedenskonferenz aus der Sicht der Berater der tschechoslowakischen und der polnischen Delegation]. Praha 2017, 84–194.

³ Ähnlich wie im Fall von HADLER, Sorbische Frage, wird im vorliegenden Beitrag nicht das Ergebnis systematischer Forschungen zum Thema vorgelegt, sondern im Zuge eines Forschungsprojektes zur Minderheitenpolitik Edvard Benešs in der Zwischenkriegszeit gesammeltes Quellenmaterial mit Blick auf das Thema ausgewertet.

⁴ Zu Černýs Rolle vgl. auch die 2011 verteidigte Dissertation von Jan CHODĚJOVSKÝ: *Lužice v plánech na vybudování nového Československa. Velké naděje a rychlé vystřížlivění českých slavistů* [Die Lausitzen in den Plänen zur Errichtung der neuen Tschechoslowakei. Große Hoffnungen und rasche Enttäuschung der böhmischen Slawisten]. https://dspace.cuni.cz/bitstream/handle/20.500.11956/47059/IPTX_2003_1__0_123071_0_24903.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Zugriff am 27. 5. 2018].

⁵ Vgl. Ernennungsschreiben für Černý vom 22. 11. 1918, in: CHODĚJOVSKÝ, *Lužice*, 222 (Abbildung 15).

Unterstützung der tschechoslowakischen Delegation die Anliegen der Lausitzer Sorben zu vertreten, wie das tschechoslowakische Außenministerium Beneš am 5. Dezember 1918 nach Paris mitteilte. Arnošt Bart [Ernst Barth], der Vorsitzende des Sorbischen Nationalausschusses, hatte in seinem Schreiben an die tschechoslowakische Regierung formuliert, der Ausschuss wisse „genau, dass die Zukunft des Volkes der Lausitzer Sorben ausschließlich durch eine Vereinigung mit dem tschechoslowakischen Staat gesichert werden kann“.⁶ In seiner „Proklamation an das sorbische Volk“ hatte der Sorbische Nationalausschuss am 1. Januar 1919 „auf Grundlage der Prinzipien Wilsons einen selbstständigen Staat der Lausitzer Sorben“⁷ gefordert. Bart und Jan Bryl [Johann Brühl] wurden später inoffizielle, sozusagen kooptierte Mitglieder der tschechoslowakischen Delegation, um in Paris unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker für eine sorbische staatliche Eigenständigkeit zu wirken. Černý lag mit ihnen auf einer Linie; er war bereits im April 1918 in einem Artikel in „Česká stráž“ [Die tschechische Wacht] aus staatsrechtlichen Gründen, aber auch aufgrund des „lebendige[n] Stammesinteresse[s]“⁸ der Tschechen an den Sorben für eine (Wieder-)Vereinigung der Lausitzen mit Böhmen eingetreten und agierte in Paris in diesem Sinn.

An Beneš wandten sich etwa einen Monat nach der Mitteilung aus dem Prager Außenministerium später auch Jan Hejret und Josef Páta vom „Československý spolek Adolf Černý“ [Tschechisch-sorbischer Verein Adolf Černý] mit der Bitte, „dass Sie vor allem auf der Friedenskonferenz alles Mögliche unternehmen zur Unterstützung der Bemühungen unseres nächsten slawischen Bruders – der Lausitzer Sorben, zur Befreiung aus jahrhundertelanger deutscher Unterjochung.“ Es gehe darum, „dass dieser slawische Zweig, von den Deutschen so lang unterdrückt, auch sein eigenes nationales Leben führen kann – sei es als Angehöriger unseres Volkes, sei es als dessen unabhängiger nächster Nachbar!“⁹

⁶ Aufzeichnung des Kabinetts des Außenministers für Beneš vom 5.12.1918, in dem das Schreiben des Nationalausschusses der Lausitzer Sorben an den Tschechoslowakischen Nationalausschuss vom 18.11.1918 wiedergegeben wird, in: Ústav mezinárodních vztahů v Praze (Hg.): Československo na pařížské mírové konferenci 1918–1920 [Die Tschechoslowakei auf der Pariser Friedenskonferenz 1918–1920]. Svazek I (listopad 1918 – červen 1919). Praha 2001, 103 f., hier 104. Dies entsprach der Ansicht Černýs, der bereits am 28. 10. 1918 in den „Nrodní listy“ [Nationalzeitung] geschrieben hatte: „Am besten abgesichert wären die Lausitzer Sorben durch eine direkte Verbindung mit dem Tschechoslowakischen Staat“. Zitiert bei HADLER, Sorbische Frage, 92.

⁷ Aufruf des Sorbischen Nationalausschusses vom 1. 1. 1919, in: CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 229, (Abbildung 17). Unterzeichner des Aufrufs waren neben Bart und Bryl die Sorben Božidar Dobrucký und Jurij Dučman. – Zitate aus tschechischen Dokumenten sind Übersetzungen des Autors.

⁸ Peter HASLINGER: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880–1938. München 2010, 227. – Zu Černýs Eintreten für die Lausitzer Sorben vgl. Adolf ČERNÝ: Lužická otázka. Úvahy, studie a výzvy v době převratu [Die Frage der Lausitz. Betrachtungen, Studien und Aufrufe aus der Zeit des Umsturzes]. Plzeň 1918. Darin enthalten sind dessen Veröffentlichungen zwischen Dezember 1917 und Dezember 1918.

⁹ Schreiben Jan Hejrets und Josef Pátas an Edvard Beneš vom 4. 1. 1919, Archiv Ministerstva zahraničních věcí České republiky [AMZV], Pařížský archiv [PA], kniha 51: Lužice – Srbové lužičtí, Nr. 5101.

Beneš ließ am 15. Januar 1919 in seinem Außenministerium ein eigenes Referat für die Lausitzer Sorben unter Bedřich Štěpánek einrichten, das bis zum Herbst 1919 bestand, und in dem auch der erwähnte Páta arbeitete. Das Außenministerium unterrichtete Beneš in der Folgezeit telegrafisch über die aktuellen Entwicklungen in den Lausitzen.¹⁰ Zudem forderte Beneš in einer Instruktion vom selben Tag unter anderem Kartenmaterial zu den Lausitzen, Statistiken darüber, wie viele Deutsche in diesen Gebieten lebten, sowie Ausarbeitungen zur strategischen Lage der Lausitzen, zu ihrem Wirtschaftsleben „für den Fall der Befreiung und der Vereinigung mit Böhmen“, aber auch zur „Frage einer internationalen Bahnverbindung für den Fall, dass es keine Vereinigung mit Böhmen gibt“.¹¹

Wie realistisch erschien den tschechischen führenden Politikern eine territoriale Vereinigung? Strebten sie eine solche überhaupt an? Zwar hatte Masaryk 1917 in seiner programmatischen Schrift „Das neue Europa“ als eines der Kriegsziele benannt: „Die nichtdeutschen Völker Preußens (Deutschlands) werden befreit. [...] Die Lausitzer Sorben können, wofern sie es so wünschen werden, an Böhmen angegliedert werden.“¹² Bereits in den Überlegungen Karel Kramářs von 1914/15 wie auch in Masaryks erster Konzeption des künftigen Staates von Tschechen und Slowaken war die Einbeziehung der Lausitzen eine Option¹³ gewesen. Die Argumentation Masaryks und später auch diejenige Benešs auf der Friedenskonferenz war aber flexibel, weil sie sie pragmatisch der jeweiligen Situation anzupassen suchten, um die für sie wesentlichen Ziele zu erreichen.

Ein Jahr später, als die Friedenskonferenz bevorstand, nutzte beziehungsweise instrumentalisierte Masaryk die Lausitzer Sorben als eines von verschiedenen Argumenten für den vollständigen Verbleib der überwiegend deutschen Teile der böhmischen Länder

¹⁰ Zwei Beispiele: Telegramm Štěpáneks vom 21. 1. 1919 an Beneš: „Gemäß Mitteilung des Abgeordneten Bart requirieren die Deutschen unter dem Eindruck der mächtigen Nationalbewegung der Lausitzer [Sorben] mit Gewalt Nutztiere in den Dörfern der Lausitz und schikanieren die Lausitzer [Sorben] in jeder Hinsicht. Bart bringt ausführliches Material mit.“ AMZV, Telegramy odeslané [TO] XII 1918–II/1919, č. j. 37/19; Páta unterrichtete Beneš am 3. 5. 1919 über die auf einer Versammlung in Radibor bei Bautzen am 27. 4. 1919 verabschiedete Resolution, in der unter anderem „die Gestattung freier und unbeschränkter Kommunikation des Nationalausschusses der Lausitzer Sorben mit der Friedenskonferenz auf Grundlage der von allen Staaten anerkannten 14 Punkte Wilsons“ gefordert worden war. AMZV TO IV/1919 – V/1919, 925/19.

¹¹ Instruktion Benešs für die Mitglieder der Tschechoslowakischen Delegation für die Pariser Friedenskonferenz vom 15. 1. 1919, in: Československo na pařížské mírové konferenci, 159–162, hier 161.

¹² Tomáš Garrigue MASARYK: Das neue Europa. Der slawische Standpunkt. Autorisierte Übertragung aus dem Tschechischen von Emil SAUDEK. Neudruck der Ausgabe Berlin 1922. Osnabrück 1976, 136. Bereits hier nutzte Masaryk die Existenz der Sorben als ein Argument für den Verbleib der deutschen Minderheit in den böhmischen Ländern: Weil in Niederösterreich und Wien sowie Preußisch-Schlesien „bedeutende tschechische Minoritäten“ lebten sowie zudem „eine serbische Minorität in der Lausitz“, besäßen die „Pangermanen [...] kein Recht, immer nur auf die Minderheiten in Böhmen hinzuweisen“, ebenda, 102.

¹³ Vgl. HASLINGER, Nation und Territorium, 212 sowie Masaryks Karte des künftigen Staates vom März 1915, in die er die Lausitzen als möglichen territorialen Zuwachs einzeichnete, ebenda, Abbildung 7, ohne Paginierung. In dem Memorandum „Independent Bohemia“ wurden die Lausitzen zwar nicht erwähnt, auf der Karte erläuterte Masaryk handschriftlich: „Gebiete, die slawisch sind (Lausitz – Tschechen) und an Böhmen angegliedert werden könnten, wenn die Alliierten Deutschland niederringen“. Zitiert bei HADLER, Sorbische Frage, 92.

beim neuen Staat. Er schrieb Beneš am 7. November 1918 aus New York: „Wir lassen ihnen [dem Deutschen Reich] die Lausitzer [Sorben], ergo sie uns die Deutschen.“¹⁴

Beneš wiederum ging in einem Schreiben an seinen Bruder Vojta Ende 1918, also kurz vor Beginn der Friedenskonferenz, zutreffenderweise davon aus, die Tschechoslowakei werde ihre territorialen Ansprüche insgesamt durchsetzen können und „auch eine Autonomie für die Lausitzen“¹⁵ erreichen.

Autonomie, die Beneš hier nicht näher definierte, bedeutete eben nicht die Vereinigung mit der Tschechoslowakei, und diese gedachte die tschechoslowakische Regierung auch nicht zu fordern, obwohl einige deutsche Diplomaten dies fürchteten.¹⁶ Der deutsche Generalkonsul in Prag sah die Dinge realistischer, als er in den tschechischen „Ansprüchen ein neues Kompensationsobjekt für die künftigen Friedensverhandlungen“ vermutete und annahm, „in ernsten politischen Kreisen“ halte in Prag niemand „eine Abtretung der Lausitz an Böhmen“¹⁷ für realistisch. Das galt in der Tat für Masaryk, Beneš, Kramář und die übrigen führenden tschechischen Politiker, wie sich bald erweisen sollte.

Am 2. Januar 1919, also wenige Tage vor Beginn der Friedenskonferenz, wurden in einer vielstündigen Ministerratssitzung in Prag vier unterschiedliche territoriale Varianten der Tschechoslowakei besprochen. Die Lausitzen wurden lediglich dreimal erwähnt. Dr. Vladimír Slavík vom Büro für die Vorbereitung der Friedenskonferenz erläuterte der Regierung, die Minimalvariante „rechnet nicht mit den Lausitzen. [...] Die zweite Variante rechnet damit, dass es eine territoriale Nachbarschaft zu den Lausitzen geben wird. Deshalb wird der Schluckenauer Zipfel [Šluknovský výběžek] vergrößert. [...] Wird die Fragen der Lausitzen anders gelöst, kann der Schluckenauer Zipfel wegfallen.“¹⁸

Von einem Anschluss der Lausitzen an die Tschechoslowakei war jedoch auch in den beiden Maximalvarianten nicht die Rede. Offenbar hielt man eine territoriale Nachbarschaft für ausreichend. Die Lausitzen wurden nur noch einmal von Verteidigungsminister

¹⁴ Schreiben Masaryks an Beneš vom 7. 11. 1918, in: Dagmar HÁJKOVÁ, Ivan ŠEDIVÝ (Hgg.): *Korespondence T. G. Masaryk – Edvard Beneš 1914–1918*. Praha 2004, 304–306, hier 305. Eine ganz ähnliche Formulierung desselben Argumentes findet sich auch in undatierten handschriftlichen Notizen Masaryks zur Vorbereitung der Friedenskonferenz, die ebenfalls Ende 1918 entstanden sein dürften: „Sie werden die Lausitzer [Sorben] haben (mindestens 150 000).“ *Handschriftliche Notizen Masaryks über die Minderheiten*. Masarykův ústav a archiv akademie věd České republiky, Edvard Beneš IV/1, inv. č. 329, sig. R 131/3, k. 135. Hervorhebung im Original.

¹⁵ Undatiertes Schreiben Benešs an seinen Bruder Vojta Beneš, wohl Ende 1918, in: Dagmar HÁJKOVÁ, Pavel HORÁK (Hgg.): *Edvard Beneš, Němci a Německo*. Edice dokumentů. [Edvard Beneš, Deutschland und die Deutschen. Dokumentenedition]. Svazek I. 1896–1919. Praha 2014, 64 f., hier 64.

¹⁶ Die deutsche Botschaft in Wien berichtete nach Berlin: „Tschechische Exaltados nehmen sogar die Lausitz und den Spreewald, weil von den nahe verwandten Wenden bewohnt, für die Tschechoslowakei in Anspruch.“ Bericht der Kaiserlich Deutschen Botschaft in Wien vom 17. 11. 1918, in: Manfred ALEXANDER (Hg.): *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag*. Teil I. Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš, 2. Aufl. München 2003, 572–574, hier 572.

¹⁷ Bericht Fritz von Gebstatts an Reichskanzler Maximilian von Baden vom 8. 11. 1918, in: *Deutsche Gesandtschaftsberichte*, Teil I, 566.

¹⁸ Protokoll der Ministerratssitzung vom 2. 1. 1919, in: *Československo na pařížské mírové konferenci*, 131–141, hier 132 f.

Václav Klofáč erwähnt, und zwar als mögliches Kompensationsobjekt und Mittel dazu, durch eine Stärkung des slawischen und eine Verminderung des deutschen Elementes die Sicherheit des neuen Staates zu erhöhen. Klofáč sagte, „er würde gern einen Teil des deutschen Gebietes in Nordböhmen abtreten, wofür wir aber dann ohne Gefahr für unsere zukünftige nationale Entwicklung neue Gebiete wie die Lausitz etc. fordern könnten“.¹⁹

Die anwesenden Minister und Präsident Masaryk, der später hinzukam, verständigten sich jedoch darauf, unbedingt den Erhalt der historischen Grenzen der böhmischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien) anzustreben, das heißt die Grenzen, wie sie 1914 zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestanden hatten, abgesehen von eventuellen unbedeutenden Korrekturen. Deshalb war von den Lausitzen, die jenseits dieser Grenzen lagen, kaum die Rede.

Das heißt aber nicht, dass die tschechoslowakische Delegation auf der Friedenskonferenz nicht versucht hätte, den Lausitzer Sorben Gehör zu verschaffen und die Friedensmacher für diese zu interessieren. In einem Memorandum vom 13. Januar 1919 begründete sie dies folgendermaßen: „Die Lausitzer Sorben selber verlangen die Unabhängigkeit. Sie rufen die Tschechoslowaken auf, sie zu schützen. Die Tschechoslowaken erheben keine territorialen Forderungen, sind aber moralisch verpflichtet, die Frage vor die Friedenskonferenz zu bringen und die Lausitzer Sorben zu verteidigen, welche sich [...] auf das Recht auf nationale Selbstbestimmung berufen.“²⁰

Das Memorandum „Die Lausitzer Wenden“ mit Anschreiben des Sorbischen Nationalausschusses vom 21. Dezember 1918 wurde als Memorandum Nr. 7 unter die offiziellen Memoranden der Tschechoslowakischen Delegation für die Friedenskonferenz eingereicht. Darin forderte der Nationalausschuss der Lausitzer Sorben „nicht das gesamte Gebiet der alten Lausitz“, sondern, „dass das gesamte ethnographische sorbische Gebiet, wie es um 1880 bestand und wie es heute besteht, zu einer autonomen Provinz gemacht und mit der tschechoslowakischen Republik vereinigt werde“.²¹ Dieses Memorandum hat Beneš in der für die Grenzen der Tschechoslowakei vorentscheidenden Sitzung des Rates der Neun (der amerikanische Präsident Thomas Woodrow Wilson, der französische Premier Georges Clemenceau, der britische Premier David Lloyd George, der Italiener Vittorio Emanuele Orlando und ihre Außenminister sowie der japanische Bevollmächtigte Nobuaki Makino) am 5. Februar 1919 übergeben, und er hat auch Wilson und Clemenceau für die Frage der Sorben interessiert.

Dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Ziele und Hoffnungen der Sorben und die Ziele der Tschechoslowaken nicht deckungsgleich waren, belegt das Memorandum Nr. 2 für die Friedenskonferenz, das mit „Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen

¹⁹ Ebenda, 135.

²⁰ Memorandum der tschechoslowakischen Delegation vom 13. 1. 1919 in französischer Sprache, ebenda, 157–159, hier 157. Beneš hatte auch dem Sorbischen Nationalausschuss geraten, in einer „Proklamation der Lausitzer Sorben“ sollten diese von der Konferenz „Selbstständigkeit“ unter Berufung „auf die 14 Punkte Wilsons“ fordern. Undatierte handschriftliche Aufzeichnung Benešs, in: CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 237–239, Abbildung 27–29, hier 237 und 238. Ganz ähnlich argumentierte er auf dem Umschlag eines Schreibens vom 14. 2. 1919 bezüglich einer Proklamation der Lausitzer Sorben an die Friedenskonferenz, vgl. die Übersetzung des Schreibens bei HADLER, Sorbische Frage, 96.

²¹ Memorandum Nr. 7. Die Lausitzer Wenden. In: <http://ungarisches-institut.de/dokumente/pdf/19180000-7.pdf> [Zugriff am 27. 5. 2018].

Republik²² betitelt ist. Der vorletzte Abschnitt VII (das zeigt bereits die relativ geringe Priorität der Angelegenheit) behandelt „Die Lausitzer Sorben und die Tschechoslowaken in Wien“.²³ Dort war zwar davon die Rede, es sei „die heilige Pflicht der Tschechoslowaken, die von den Lausitzer Sorben immer als ihre natürlichen Beschützer betrachtet wurden, heute vor der Friedenskonferenz die Sache dieser unglücklichen und von aller Welt verlassen Nation zu verteidigen“. Gefordert wurde aber nicht die Vereinigung der Lausitzen mit der Tschechoslowakei, weil diese vermutlich zu viele Probleme aufwerfe, sondern „wenigstens ein Minimalprogramm“. Dieses sollte die Vereinigung der zwischen Sachsen und Preußen geteilten Lausitzer Sorben „in einem Gebiet“ sowie dessen „vollkommene Autonomie“ umfassen und „eine direkte Berührung mit den Tschechen [...], um die geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen zu erleichtern“.

Dies bedeutete keinen unabhängigen Sorbenstaat, sondern eine Autonomie der Sorben in Deutschland, wie eine Variante des Memorandums präzisiert: Gemeint war ein vereintes autonomes Sorbengebiet, lieber in Sachsen als in Preußen, und eine internationalisierte Bahnverbindung zwischen Cottbus (oder gegebenenfalls Bautzen) und Prag – also eine bescheidenere, aber realistischere Variante,²⁴ die gleichwohl weit unter den Erwartungen und Hoffnungen der Sorben lag. Nach einem Gespräch bei Beneš mit Bart und Bryl am 1. Februar 1919 notierte Černý: „Minimum einer Autonomie, dass es im deutschen Staatenbund einen selbstständigen Staat der Lausitzer Sorben geben wird. Einziger strittiger Punkt, ob sie diesen mit unserer Republik vereinigen wollen werden“.²⁵

Wichtiger als die Memoranden, die im Grunde Propagandamaterial darstellten, war, ob es Beneš gelingen würde, die Friedensmacher für die Sache der Sorben zu interessieren. Dies scheint ihm vor dem Supreme Council am 5. Februar 1919 in der Tat gelungen zu sein. Eine Mitschrift der Sitzung durch einen amerikanischen Sekretär ist bereits 1924 veröffentlicht worden, sodass man die Ausführungen Benešs im Wortlaut zitieren kann:

„A similar problem [davor ging es um die Bewohner der Karpato-Ukraine, die nur Ungarn werden könnten oder Autonomie erhalten müssten, ggf. innerhalb der Tschechoslowakei] was that of the Serbs of Lusatia numbering from 150,000 to 160,000. These people were the remnant of the Slav population which at one time expanded as far as Lubeck [Lübeck]. With the exception of this group, that population had been germanised. These Serbs lived independently in the Spreewald. They were nearest to the Czechs, and had begged him to present their problem to the Conference. These Serbs desired to be autonomous under Czech protection, but the Czechs made no claim on this subject, and even thought it might be dangerous for them to undertake this mission. He thought,

²² Memorandum Nr. 2: Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen Republik, in: Helmut GORDON: Die Beneš-Denkschriften. Die Tschechoslowakei und das Reich 1918/19. Kommentar und Kritik. Berg 1990, 122–149, hier 147 f.

²³ Vgl. die französische Version von Abschnitt VII, in: AMZV PA, kniha 51, Nr. 5101.

²⁴ Nach der Einschätzung seines maßgeblichen Biografen sah Beneš diese Variante als „am vorteilhaftesten“ an. Jindřich DEJMEK: Edvard Beneš. Politická biografie českého diplomata. Část první: Revolucionář a diplomat (1884–1935) [Edvard Beneš. Politische Biografie eines tschechischen Demokraten. Teil I: Revolutionär und Diplomat (1884–1935)]. Praha 2006, 237.

²⁵ CHODĚJOVSKÝ, Paříž 1919, 102.

however, that the Conference should examine the problem. It was a moral rather than a political matter. The country had once belonged to Bohemia, and had become German territory in 1867. It was situated only 6 kilometers from the Bohemian frontier.²⁶

Anders als bei anderen Punkten der Unterredung sind hier keine Nachfragen oder Stellungnahmen der Teilnehmer notiert, aber Černýs Tagebuch ist zu entnehmen, dass Beneš Darlegungen „mit Sympathie aufgenommen worden“ seien: „Auch Wilson soll sich dafür interessiert haben.“²⁷ Beneš habe nach der Sitzung mit Wilson und Lloyd George darüber gesprochen. Černý notierte hoffnungsvoll: „Ergebnis: Es ist unbedingt erreicht, dass sich die Konferenz mit der Frage befassen wird. Eine Kommission wird die Frage prüfen und es muss zu irgendeiner Regelung kommen.“²⁸ Freilich hatte er auch leise Zweifel, ob diese Regelung nach Wunsch ausfallen werde: „Also ist der entscheidende erste Schritt getan! Wird das Ergebnis so ausfallen, wie ich es in der Seele trage, und wie ich es ausgearbeitet habe?“²⁹ Seine Zweifel sollten im Laufe der nächsten Monate in Enttäuschung und Misstrauen, zeitweilig auch gegenüber Beneš,³⁰ umschlagen.

Černý hoffte zu diesem Zeitpunkt noch auf die Vereinigung der Lausitzen mit der Tschechoslowakei. Das Konzept eines Berichtes der tschechoslowakischen Delegation

²⁶ Secretary's Notes of a Conversation held in M. Pichon's Room at the Quay d'Orsay, Paris, on Wednesday, 5th February, 1919, at 3:00 P.M., in: David Hunter MILLER: *My Diary at the Conference of Paris with Documents*. Volume XIV Minutes of the Supreme Council. O. O. 1924, 210–225, hier 224. Vgl. auch eine dreiseitige Aufzeichnung über diese Besprechung aus dem Nachlass des tschechoslowakischen Diplomaten Cyril Dušek: „Dann wurden die Probleme der ungarischen Russinen, das Problem der Lausitz und das Problem einer Landverbindung mit den Südslawen vorgestellt. Alle diese Probleme erläuterte der tschechoslowakische Delegierte [Beneš] unter ethnografischen wie unter politischen Gesichtspunkten, er erklärte ihre Bedeutung und konstatierte vor allem, dass besonders das russinische und das Problem der Nachbarschaft mit den Südslawen mit der Errichtung eines neuen politischen Systems in Zentraleuropa eng zusammenhängen.“ Archiv národního muzea v Praze, Nachlass Cyril Dušek, Inventarnummer 507, Karton 12. Dem letzten Satz kann man indirekt die Nachrangigkeit der Frage der Lausitz entnehmen.

²⁷ Eintrag Černýs vom 5. 2. 1919, in: Paříž 1919, 103.

²⁸ Eintrag Černýs vom 6. 2. 1919, ebenda, 104. Tatsächlich beendete folgende Resolution die Sitzung am 5. 2. 1919: „That the questions raised in the statement by M. Benes on the Czecho-Slovak territorial interest in the Peace Settlement shall be referred for examination in the first instance to an expert Committee [...]. It shall be the duty of this Committee to reduce the questions for decision within the narrowest possible limits and make recommendations for a just settlement. The Committee is authorised to consult representatives of the peoples concerned.“ MILLER, *Diary*, XIV, 225. Bereits an dieser Hürde ist das Anliegen des Sorbischen Nationalausschusses gescheitert, zumindest die Variante einer autonomen Lausitz im Rahmen der Tschechoslowakei.

²⁹ Eintrag Černýs vom 5. 2. 1919, ebenda, 104. Chodějovský weist zu Recht darauf hin, dass Beneš nicht die wunschgemäße Erledigung der Lausitzer Frage in Aussicht gestellt hat, sondern wahrscheinlich zufrieden war, das Thema überhaupt erfolgreich vor die Friedenskonferenz gebracht zu haben. CHODĚJOVSKÝ, *Lužice*, 100.

³⁰ Vgl. Eintrag Černýs vom 26. 5. 1919: „Ich bin sicher, dass Kramář [die Lausitz] nicht gewollt hat [...]. Eindruck, dass auch Beneš nicht gewollt hat. [...] Es sollte so scheinen, als ob die Sache der Lausitz unterstützt wird, und inzwischen hat man sie fallengelassen.“ Paříž 1919, 152. Černýs starkes Engagement in der sorbischen Frage kann jedoch sein Urteil beeinträchtigt haben, hier zum Negativen, nach verschiedenen Vorgesprächen bei Entente-Vertretern zum Positiven. Insofern sollten seine Tagebucheinträge nach Möglichkeit mit anderen Quellen abgeglichen werden.

vom 7. Februar 1919 über die Verhandlungen am 5. Februar zeigt aber sehr deutlich den Spagat zwischen dem Bestreben, einerseits den Sorben irgendwie zu helfen, andererseits aber gleichzeitig auf keinem Fall durch möglicherweise überzogen erscheinende Forderungen das Erreichen der eigenen territorialen Hauptziele zu gefährden. In dem Bericht heißt es: „Die Frage der Lausitzer Sorben betrachten wir unter moralischen Gesichtspunkten. Sie bitten uns um unseren Schutz, da sie auf der Konferenz keine Delegierten haben. Sie haben unsere Kampfweise und Wiedergeburt nachgeahmt. Die Konferenz muss sich, falls sie ihren Prinzipien treu bleiben will, dieser Frage annehmen und es ist Aufgabe der Kommission, zu entscheiden, welche Lösung man finden soll. [...] Die Frage der Lausitzer Sorben wurde überraschend positiv aufgenommen. Das Problem selbst ist sehr kompliziert, und es wäre sehr gefährlich für uns, wenn wir eingreifen und territoriale Forderungen als unsere eigenen Forderungen erheben wollten. Dieses Problem wurde von uns als allgemeines Problem dargestellt, welches auf der Friedenskonferenz gelöst werden muss, wir müssen aber konstatieren, dass es verschiedene mögliche Lösungen gibt. In der Bewegung für den Anschluss an uns müssen wir passiver als die Sorben bleiben, wir dürfen sie nicht abweisen, aber das auch nicht forcieren, und falls es irgendeine Verbindung gäbe, müsste diese Verbindung sehr lose sein, damit die Verbündeten sehen, dass wir überhaupt keine aggressiven Forderungen stellen. Dieses Problem ist eher ein moralisches als ein politisches, es geht um 150 000 Menschen, politisch bedeutet das nichts, wir sind jedoch moralisch verpflichtet, uns für sie einzusetzen, aber maßvoll und vorsichtig.“³¹

Anders gesagt: die Forderung nach einem Anschluss der Lausitzen durfte nicht den kategorisch erhobenen Anspruch auf die überwiegend deutsch besiedelten Gebiete der böhmischen Länder gefährden. Deshalb schrieb Beneš auch in einem seiner Berichte an den außenpolitischen Ausschuss der Revolutionären Nationalversammlung in Prag am 13. Februar: „Die Frage der Lausitzen wird definitiv nicht [als territoriale Forderung der Tschechoslowakei] gestellt. Vor allem vermeiden wir eine Lösung in Gestalt einer Annexion“.³²

Eine solche wollten die alliierten und assoziierten Mächte nicht. Die Kommission für Tschechoslowakische Fragen prüfte zwar nach dem 5. Februar tatsächlich die Lausitz-Frage, und obwohl sie zum Teil aus wohlgesonnenen Experten bestand, etwa dem schottischen Historiker Robert William Seaton-Watson, einem persönlichen Freund Masaryks,

³¹ Bericht der tschechoslowakischen Delegation vom 7. 2. 1919, in: *Československo na pařížské mírové konferenci*, 206–210, hier 208 f. Die hier geäußerten Befürchtungen, ein zu offensives Eintreten für eine sorbische Selbstständigkeit könne der Tschechoslowakei schaden, bestätigt eine Äußerung des Amerikaners Robert Joseph Kerner gegenüber Černý am 27. 5. 1919: „Er wies darauf hin, dass einige in der ganzen [sorbischen] Bewegung tschechische Propaganda erblicken“. Paříž 1919, 153.

³² Bericht Beneš an den Außenpolitischen Ausschuss der Revolutionären Nationalversammlung vom 13. 2. 1919, in: *Československo na pařížské mírové konferenci*, 215–217, hier 215. Diese Ansicht teilte der tschechische Historiker Jan Kapras, einer der Experten der tschechoslowakischen Delegation, dem die frühere staatsrechtliche Zugehörigkeit der Lausitzen zu den Ländern der böhmischen Krone natürlich bekannt war. Dennoch notierte Kapras bereits am 31. 1. 1919 in seinem Tagebuch: „Die Lausitz bekommen wir nicht, was nur gut ist.“ Hierbei hatte er das zukünftige Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland im Blick. Am 5. 2. 1919 notierte er, die Angliederung der Lausitz würde „ein neues Elsaß-Lothringen“ schaffen, Zitate nach HADLER, *Sorbische Frage*, 96 und 97.

schloss sie die vom Sorbischen Nationalausschuss gewünschte Lösung aus. Seaton-Watson etwa kam zu dem Schluss, ein Anschluss der Lausitzen an die Tschechoslowakei sei „quite impracticable“, aber den Sorben „should be assured a local autonomy of their own within the German Federal Republic, and that they should be no longer partitioned between Saxony and Prussian Silesia.“³³ Das ist der Standpunkt, den Beneš bereits im vorhin zitierten Memorandum Nr. 2 vertreten hatte. Der britische Diplomat Harold Nicolson, der am 29. Januar 1919 mit Beneš über die territorialen Forderungen der Tschechoslowakei gesprochen hatte, die dieser dann am 5. Februar vor den Friedensmachern präsentierte, notierte sich anschließend: „‘The Serbs of Lusatia’: mere rubbish“,³⁴ und der Abschlussbericht des Committee on Czecho-Slovak Claims vom 12. März 1919 verzeichnete als Urteil der französischen Experten, die anders als Briten und Amerikaner keineswegs dazu neigten, Deutschland im Hinblick auf die Abtretung von Territorien schonend zu behandeln: „it is impossible to consider the solution of this question by any territorial adjustment“.³⁵

Beneš, der diese Entwicklung voraussah, hatte bereits am 7. März 1919 dem Außenausschuss der Revolutionären Nationalversammlung in Prag berichtet: „Die Frage der Lausitz ist vorerst noch nicht gelöst, ich darf Ihnen aber offen sagen, dass in dieser Angelegenheit keine großen Erfolgsaussichten bestehen.“³⁶ Černý hatte er bereits zwei Tage zuvor informiert, „dass Engländer und Amerikaner von einem Anschluss nichts hören wollen. Die Lausitzer [Sorben] schützen ja, aber nicht sie an Böhmen anschließen.“ Angeblich ließen sich internationale Garantien erreichen: „Er [Beneš] wird einen Schutz durch den Völkerbund verlangen.“³⁷

Černý versuchte im gesamten Zeitraum der Friedenskonferenz zusammen mit Bart, teilweise mit Unterstützung Milan Rastislav Štefániks und Beneš³⁸ vergeblich, die Öffentlichkeit über die französische Presse und französische, britische und amerikanische Akteure der Friedenskonferenz durch Denkschriften³⁹ oder Gespräche stärker für die Frage der Sorben als eines eigenständigen Volkes zu interessieren, für welches das Recht auf Selbstbestimmung gelten müsse. Der französische Historiker Ernest Denis zum Beispiel, mit dem Černý mehrfach sprach,⁴⁰ äußerte sich ihm gegenüber aber bereits im Januar dahingehend, dass das Problem der Sorben in Deutschland im Prinzip dem der Deutschen in Böhmen gleiche, und die Forderung eines Anschlusses der Sorben an die Tschechoslowakei dieser die Durchsetzung ihres Anspruches auf das historische Staatsrecht, und damit auf die mehrheitlich deutsch besiedelten Randgebiete der böhmischen Länder, erschweren würde.

³³ Zitat nach MAXWELL, in: Edvard Beneš, 365.

³⁴ Zitat nach RALSTON, in: Lusatian Question, 256.

³⁵ Zitat nach MAXWELL, in: Edvard Beneš, 365.

³⁶ Bericht Benešs an den Außenpolitischen Ausschuss der Revolutionären Nationalversammlung vom 7. 3. 1919, in: Československo na pařížské mírové konferenci, 244–248, hier 247.

³⁷ Eintrag Černýs vom 5. 3. 1919, in: Paříž 1919, 114.

³⁸ Vgl. Eintrag Černýs vom 17. 4. 1919: „Er [Beneš] hat mit [US-Außenminister Robert] Lansing über die Lausitz gesprochen. Er hat mein Memorandum drucken lassen und übergibt es noch einmal allen Konferenzteilnehmern. – Einen Auszug aus dem Memorandum gibt er selber an die Presse.“ ebenda, 133.

³⁹ Vgl. als eines von vielen Beispielen die von Černý verfasste, aber von den Mitgliedern des Sorbischen Nationalausschusses unterzeichnete Petition an die Friedenskonferenz vom 15. 3. 1919, in: CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 230 (Abbildung 19).

⁴⁰ Vgl. Tagebucheinträge Černýs vom 14. und 22. 1. 1919, in: Paříž 1919, 93 und 96.

Am 25. April 1919 machte ein Gespräch mit Wilsons Berater Colonel Edward Mandel House Černý noch einmal kurzzeitig Hoffnung,⁴¹ zwei Tage später war er mit Beneš bei dem einflussreichen südafrikanischen General Jan Smuts, der ebenfalls Interesse und Sympathie für die Frage bekundete. Beneš plädierte hier Smuts gegenüber doch wieder für eine Vereinigung der Lausitzen mit der Tschechoslowakei oder, falls dies nicht möglich sei, einer neutralen selbstständigen Republik Lausitz unter dem Schutz des künftigen Völkerbundes.⁴² Dies war die Minimallösung, die der Sorbische Nationalausschuss in einem Memorandum an die Friedenskonferenz vom 11. April 1919 gefordert hatte. Dort wurde immer noch als Optimum „die Vereinigung mit der tschechoslowakischen Republik“ gewünscht; sei dies nicht möglich, dann müsse „die Bildung einer autonomen und neutralen, von Deutschland völlig unabhängigen Republik“ erfolgen, die „aus wichtigen wirtschaftlichen Gründen eine gemeinsame Grenze mit der tschechoslowakischen Republik“ haben müsse. Ginge auch das nicht, „könne die neutrale sorbische Republik Lausitz Währung, Eisenbahnen und Zoll mit Deutschland gemeinsam haben“, solle aber ansonsten „völlig und in jeder Beziehung autonom und von Deutschland unabhängig sein“. Deshalb müsse sie „in den Völkerbund aufgenommen und unmittelbar seinem Schutz unterstellt“⁴³ werden.

Der vorsichtige und in seinem Vorgehen geschmeidige Beneš hätte sich aber durchaus damit zufrieden gegeben, weniger umfangreiche Existenzgarantien für die Sorben zu erhalten. Nachdem die Kommission für tschechoslowakische Angelegenheiten wie erwähnt eine territoriale Lösung ausgeschlossen hatte, wandte sich Beneš am 23. März 1919 mit einem Schreiben⁴⁴ unmittelbar an Wilson. Er schlug vor, sofern eine Rückkehr der Lausitzen zur Tschechoslowakei nicht möglich sei, müsse ein autonomer Staat der Sorben im Rahmen Deutschlands, aber unter Schutz und Garantie des Völkerbundes geschaffen werden. Dies lag zwar unter den Minimalforderungen des Sorbischen Nationalausschusses, dürfte aber angesichts des wenig ausgeprägten Interesses der Friedensmacher an der sorbischen Frage realistischer, weil bescheidener gewesen sein.

Einen Monat nach Benešs Schreiben an Wilson ging die tschechoslowakische Delegation noch einen Schritt zurück. Nun ging es darum, den Lausitzer Sorben den Status einer unter dem Schutz des Völkerbundes stehenden nationalen Minderheit in Deutschland zu verschaffen. In einer ungezeichneten Aufzeichnung aus dem tschechoslowakischen Außenministerium vom 28. April 1919 wurde vorgeschlagen, ein Interalliiertes Komitee solle die Grenzen der Lausitzen soweit möglich unter ethnografischen Gesichtspunkten

⁴¹ Vgl. Eintrag Černýs vom 23. 4. 1919: „Beneš hat ihm ausführlich und auf seine klare Art die Lausitz-Frage dargelegt. [...] House hat versprochen, Wilson alles vorzulegen.“ Nach dem Gespräch erklärte Beneš, „er wähle für diese persönliche Vorlage der Frage der Lausitz den psychologisch richtigen Moment: Im letzten Augenblick werden sie keine Zeit haben, die Angelegenheit allzu genau zu prüfen und werden sich eher für irgendeine Lösung entscheiden“. Paříž 1919, 138 f.

⁴² Eintrag Černýs vom 27. 4. 1919, ebenda, 140.

⁴³ Memorandum über die Frage der Lausitzer Wenden vom 11. 4. 1919, in: <http://ungarischesinstitut.de/dokumente/pdf/19180000-7.pdf> [Zugriff am 27.5.2018]. Das Memorandum hatte Černý verfasst, vgl. seinen Eintrag vom 11. 4. 1919, in: Paříž 1919, 133.

⁴⁴ Schreiben Benešs an Wilson vom 23. 3. 1919, in: Edvard Beneš, Němci a Německo. Svazek I, 356–359.

festlegen.⁴⁵ Diese sollten bei vollständiger politischer und kultureller Autonomie ein administratives Territorium innerhalb Deutschlands darstellen. Über den Status der nationalen Minderheiten, auf deren Schutz sich unter anderem die durch die Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns neu- oder wiederentstandenen Staaten im Rahmen der Friedensverträge verpflichten mussten und den der Völkerbund garantieren sollte, hatte gerade Beneš vorher mit Wilson⁴⁶ eingehend verhandelt. Es ging hierbei um die Sicherung eines Minimums politischer und kultureller Garantien einschließlich voller bürgerlicher Rechte, der Religionsfreiheit und eines angemessenen Gebrauchs der Muttersprache in eigenen Schulen und im Verkehr mit den Gerichten, für die nationalen Minderheiten seitens der Staaten, in denen sie lebten.

Auf eine solche bezüglich der Sorben realisierbar erscheinende Lösung bereiteten sowohl Beneš als auch weitere Regierungsmitglieder die tschechoslowakische Öffentlichkeit vor, soweit diese interessiert war. So wurde zum Beispiel Beneš am 11. Mai 1919 in den „Lidové Noviny“ [Volkszeitung] zitiert: „Weil dann [gemeint ist: im Zuge des Friedensvertrags mit Deutschland] Gesetze vorbereitet werden, welche den bei Deutschland verbleibenden Minderheiten die Bürgerrechte sichern, dürfen wir hoffen, dass auch für die Lausitzer Sorben etwas geschehen wird.“⁴⁷

Auch Innenminister Antonín Švehla schlug einen ähnlichen Ton von vagem Optimismus an. Die nationaldemokratischen Abgeordneten Jaroslav Kvapil und František Šis hatten sich im Parlament auch im Namen weiterer Abgeordneter ihrer Partei an den Innenminister als Vertreter des in Paris weilenden Ministerpräsidenten Kramář mit der Frage gerichtet, was auf der Friedenskonferenz für die Sorben geschehen werde.⁴⁸ Švehla antwortete am 5. Juni 1919, die Sorben würden wahrscheinlich durch ein internationales Minderheitengesetz geschützt werden, zu dessen genauem Umfang man jetzt noch nichts Näheres sagen könne.⁴⁹ Kramář selber, wie seine Nationaldemokraten slawophiler eingestellt als Masaryk und Beneš, scheint sich dennoch auf der Friedenskonferenz kaum für die Frage der Sorben interessiert zu haben. In seinen Briefen an Masaryk und Beneš taucht sie jedenfalls nicht auf, und Beneš sagte zu Černý, Kramář habe in Paris „zwar nichts für die Sache der Lausitz unternommen, aber auch nichts dagegen“.⁵⁰

⁴⁵ Ungezeichnete Aufzeichnung in französischer Sprache, Paris, 28.4.1919, in: AMZV PA, kniha 51, Nr. 5100.

⁴⁶ Vgl. Benešs spätere Schilderung: Ministr zahraničních věcí dr. Eduard Beneš o mezinárodní ochraně menšin [Außenminister Dr. Eduard Beneš über den internationalen Minderheitenschutz], in: Naše doba. Revue pro vědu, umění a život sociální [Unsere Zeit. Revue für Wissenschaft, Kunst und soziales Leben], 36 (1929), 517–523, hier 517–519.

⁴⁷ Die „Lidové noviny“ gaben hier Äußerungen Beneš gegenüber der französischen „Temps“ wieder. Der Artikel vom 11.5.1919 ist abgedruckt in: Edvard Beneš, Němci a Německo, Svazek I, 380. Einen Tag später telegraphierte Bart über das Prager Außenministerium an Dobručky: „Nicht nachlassen. Günstiger Stand.“ AMZV TO 1013/19, Text im Original in deutscher Sprache. Dieses Telegramm deutet darauf hin, dass die Einstellung der Friedenskonferenz zur sorbischen Frage selbstverständlich auch durch das Handeln oder Nichthandeln der Sorben in den Lausitzen beeinflusst wurde.

⁴⁸ Der Text der Interpellation findet sich in Černýs Tagebuch im Eintrag vom 21.5.1919, in: Paříž 1919, 150.

⁴⁹ CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 113–114.

⁵⁰ Tagebucheintrag Černýs vom 8.5.1919, 145. Hervorhebung im Original.

Dass Beneš aber tatsächlich hoffte, die im Zuge der Friedensverträge für einen Teil der beteiligten Staaten geschaffenen Minderheitenschutzverpflichtungen auf die Lausitzer Sorben ausdehnen zu können, belegt sein Schreiben an Masaryk vom 12. Juni, also gut zwei Wochen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich: „Mir scheint, dass wir für die Lausitzer Sorben doch wenigstens ein Minderheitengesetz erkämpfen.“⁵¹ Am selben Tag hatte der Nationalausschuss der Lausitzer Sorben in einem Telegramm an den Rat der Vier gefordert, in der Antwort an die deutsche Delegation zu erklären, „dass auch die Lausitzer Slawen und andere nationale Minderheiten in Deutschland unter dem Schutz des Völkerbundes stehen“.⁵² Noch optimistischer als Beneš urteilte Bart, der am 21. Juni 1919 aus dem Prager Außenministerium ein Telegramm an Dobrucký richtete: „Die Unterrichts-, Religions- und Kulturrechte der Wenden in den Fundamenten des Friedensvertrages unabänderlich festgelegt.“⁵³

Im Mai und Juni hatte sich die Friedenskonferenz auf Wunsch Wilsons hin noch einmal im Zuge der definitiven Entscheidung über die Grenze der Tschechoslowakei zu Deutschland mit der Frage der Lausitzer Sorben beschäftigt, und zwar zuerst im Rat der Außenminister, der die Angelegenheit an die Kommission für die neuen Staaten verwies. Deren Experten kamen am 14. Juni zu dem abschließenden Urteil, „practical difficulties [...] make any special provision for the Lusatian Slavs impossible“.⁵⁴

Die Memoranden, welche der sorbische Nationalausschuss auf Benešs Rat hin im Mai an den amerikanischen Präsidenten Wilson und an den ersten Generalsekretär des Völkerbundes Eric Drummond richteten, brachten ebenfalls nicht die gewünschten Ergebnisse, ebenso ein von Černý verfasster, aber von Bart unterzeichneter detaillierter Gesetzentwurf für einen autonomen sorbischen Staat in Deutschland unter dem Schutz des Völkerbundes, der am 21. Mai an den französischen Außenminister Stephen Pichon gesandt wurde. Anfang Juni schienen die Bemühungen Černýs und Barts um die Aufmerksamkeit der Alliierten noch einmal Aussichten zu eröffnen, aber diese Hoffnung trog, ebenso die auf den Völkerbund, dessen Sekretariat zu der Einschätzung kam, die Passage über den Schutz anderssprachiger Bevölkerungsteile in Deutschland beziehe sich entgegen der Argumentation des Sorbischen Nationalausschusses nicht auch auf die Sorben.⁵⁵ Nichtsdestotrotz setzte der sorbische Nationalausschuss weiter seine Hoffnungen auf den Völkerbund. Dobrucký telegraphierte am 5. Juli 1919 via Prager Außenministerium an Beneš: „Abgeordneter Bart und Professor Černý vom Lausitzer Nationalausschuss bevollmächtigt, alle Schritte zur Befreiung und zum Ausbau des Lausitzer nationalen Lebens zu unternehmen“.⁵⁶

⁵¹ Schreiben Benešs an Masaryk vom 12. 6. 1919, in: Dagmar HÁJKOVÁ, Vlasta QUAGLIATOVÁ, Richard VAŠEK (Hgg.): *Korespondence T. G. Masaryk – Edvard Beneš 1918–1937*. Praha 2013, 162 f., hier 163.

⁵² Zitiert nach Eintrag Černýs vom 12. 6. 1919, in: Paříž 1919, 160.

⁵³ Telegramm Barts an Dobrucký vom 21. 6. 1919, in: AMZV TO 1463/19.

⁵⁴ Schreiben Joseph Grews vom 14. 6. 1919. Zitiert nach MAXWELL, Edvard Beneš, 365.

⁵⁵ CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 117.

⁵⁶ Telegramm Dobruckýs an Beneš für Bart, Delegierten der Lausitz [im Original: „délégué Lusace“] vom 5. 7. 1919. AMZV TO 1633/19.

Es zeigte sich, dass auch Beneš hinsichtlich der letzten Karte eines Minderheitengesetzes zu optimistisch gewesen war. In den Präliminarien zum Friedensvertrag⁵⁷ war von den Lausitzer Sorben nicht die Rede. Trotzdem wollte Beneš „für die Sorben wenigstens dieselben Garantien fordern [...], welche die Amerikaner den Tschechen für die Deutschen aufzwingen wollen“.⁵⁸ Am 8. Mai hatten Beneš und Černý Gewissheit, dass zur Lausitz nichts in den Friedens-Präliminarien stand. Angeblich soll eine entsprechende Passage in letzter Minute aus diesen gestrichen worden sein, wie Beneš von dem französischen Politiker André Tardieu erfuhr.⁵⁹ Sofern Tardieu Beneš die Wahrheit gesagt hat (und Beneš Černý), wären die sorbischen Hoffnungen vielleicht doch nicht ganz illusorisch gewesen. Tardieu könnte das aber auch gesagt haben, um Beneš zu signalisieren, man habe ja alles versucht, aber leider habe es nicht funktioniert. Zudem ist nicht bekannt, was die entsprechende Passage enthalten haben soll.

Jedenfalls ist Deutschland im Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 keine Minderheitenschutzverpflichtung als integraler Bestandteil der Friedensverträge auferlegt worden, obwohl Černý im Mai 1919 im Einvernehmen mit Beneš noch neben Eingaben an Wilson, den Völkerbund und die Friedenskonferenz einen detaillierten Entwurf für die Autonomie der Lausitz verfasste.⁶⁰

Eine Minderheitenschutzverpflichtung hätte Deutschland wie die übrigen Großmächte abgelehnt. Deutschland hatte zwar erklärt, sich gegenüber den Minderheiten in Deutschland moralisch auf die Grundsätze des Minderheitenschutzes verpflichtet zu fühlen, welche gegenüber den deutschen Minderheiten angewendet würden.⁶¹ Das war aber eine bloße Absichtsäußerung, die juristisch zu nichts verpflichtete. Deutschland ging keine vertraglichen Minderheitenschutzverpflichtungen ein, der auf die Absichtserklärung

⁵⁷ Vgl. Tagebucheintrag Černýs vom 6. 5. 1919: „Von der Lausitz ist im Résumé [der Präliminarien] nicht die Rede, aber es ist wahrscheinlich, dass irgendeine Bestimmung in den Präliminarien sein wird. Zumindest wurde eine allgemeine Erwähnung über Bestimmungen für jene nichtdeutschen Elemente, die nicht an Polen oder an Dänemark angeschlossen werden, gemacht. Hier könnte auch die Entscheidung über die Lausitzer Sorben sein.“ Paříž 1919, 144. Hervorhebungen im Original.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ „[...] er hat erfahren, dass sozusagen zufällig die Lausitz nicht erwähnt werde. Noch im letzten Augenblick wurde aus dem [Friedens-]Präliminar gestrichen, und unter anderem wurde auch die Bestimmung über die Lausitz gestrichen.“ Černý kommentierte: „Grausamer Zufall! Also wurde den Lausitzer Sorben in letzter Minute durch einen Federstreich alle Hoffnung auf die Freiheit genommen!“, ebenda, 146.

⁶⁰ Vgl. Černýs Tagebucheinträge vom 9.–12., sowie am 14., 17. und 19. 5. 1919, in: Paříž 1919, 146–149.

⁶¹ In der deutschen Antwort vom 16. 6. 1919 auf den Entwurf des Friedensvertrages hieß es: „Diesen [deutschen] Minderheiten ist die Pflege ihrer deutschen Art zu ermöglichen, insbesondere durch Einräumung des Rechts, deutsche Schulen und Kirchen zu unterhalten und zu besuchen, sowie deutsche Zeitungen erscheinen zu lassen. Erwünscht wäre es, wenn noch weitergehend eine kulturelle Autonomie auf Grund nationalen Katasters geschaffen würde. Deutschland ist seinerseits entschlossen, fremdstämmige Minderheiten auf seinem Gebiet nach gleichen Grundsätzen zu behandeln“. Zitiert nach Zdeněk PEŠKA: Otázka národnostních menšin na pařížské mírové konferenci [Die Frage der nationalen Minderheiten auf der Pariser Friedenskonferenz], in: Zahraniční politika. Sborník pro studium mezinárodních otázek politických, právních hospodářských a sociálních 9 (1930) 1, 212–227, hier 225, Fußnote 73.

zurückgehende Artikel 113 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919⁶² wurde in der Praxis den Sorben gegenüber nicht angewendet.⁶³

In der zweiten Julihälfte verschickte Černý noch einmal Memoranden über die sorbische Autonomie an maßgebliche Akteure der Friedenskonferenz, das Völkerbundsekretariat sowie der Tschechoslowakei wohlgesonnene einflussreiche Publizisten und Journalisten.⁶⁴ Auch Beneš versuchte nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch, die Lausitzer Sorben in den rechtlich verbrieften Genuss des Minderheitenschutzes kommen zu lassen. Am 29. August 1919 wandte er sich an den französischen Premierminister Clemenceau als Vorsitzenden der Friedenskonferenz mit der dringlichen Bitte, die vorhin erwähnte Absichtserklärung Deutschlands müsse sich auch auf die Lausitzer Sorben erstrecken.⁶⁵

Beneš wusste natürlich, dass die deutsche Absichtserklärung nicht rechtlich verbindlich war. Deshalb verlangte er, die spätere Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund müsse mit der Bedingung verknüpft werden, dass dieses sich verpflichte, die Minderheitenrechte der Sorben zu achten. Zudem kündigte er an, die Tschechoslowakei wolle im Völkerbund als Anwalt der Minderheitenrechte der Sorben agieren. In dem Schreiben, das Černý für Beneš entworfen hatte,⁶⁶ wurden schriftliche Zusicherungen seitens der Entente an die Tschechoslowakei wie auch an den Nationalausschuss der Lausitzer Sorben erbeten. 1921 beabsichtigte die tschechoslowakische Diplomatie tatsächlich, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit der sorbischen Frage zu verknüpfen, wie einem Telegramm Václav Girsas an Beneš zu entnehmen ist: „Falls [auf der Konferenz in Portorose] über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verhandelt wird, erinnern wir an die Interessen der Lausitzer Sorben.“⁶⁷

Noch am 6. September glaubte Beneš, die entsprechenden Zusagen seitens der Entente zu erhalten. Er sagte Černý, er habe „bereits mit den Engländern und Amerikanern verhandelt [...]. Er denkt, wir werden die Garantie ohne Probleme bekommen. Ich [Černý] habe gebeten, dass Clemenceau unterschreibt. Er bemüht sich darum. Er setzt sich auch dafür ein, dass der Inhalt des Schreibens der Konferenz sofort auch den Deutschen bekanntgegeben wird.“⁶⁸ Noch am 12. September versprach Beneš Černý vor dessen Abreise aus Paris, „dass er mit allen Kräften versucht, mir die Garantien von der Konferenz mitzubringen“.⁶⁹

⁶² „Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und Rechtspflege beeinträchtigt werden.“ Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919, in: <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm> [Zugriff am 26. 5. 2018].

⁶³ Zdeněk BENEŠ, Václav KURAL (Hgg.): Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848–1948. Praha 2002, 78.

⁶⁴ Vgl. Tagebucheinträge Černýs vom 17.–22. 7. 1919, in: Paříž 1919, 160–165.

⁶⁵ Schreiben Benešs an Clemenceau vom 29. 8. 1919, in: Edvard Beneš, Němci a Německo, Svazek I, 403–405.

⁶⁶ Eintrag Černýs vom 23. 8. 1919, in: Paříž 1919, 187.

⁶⁷ Telegramm Václav Girsas an Beneš vom 6. 6. 1921, in: AMZV TO 5617/[21].

⁶⁸ Eintrag Černýs vom 6. 9. 1919, in: Paříž 1919, 191.

⁶⁹ Eintrag Černýs vom 12. 9. 1919, ebenda, 193. Eine schriftliche Erklärung hat Beneš wohl nicht erhalten, vielleicht aber auf mündlichem Wege.

Warum wurde hier nichts erreicht? Zum einen sah Deutschland die Sorben eben nicht als nationale Minderheit an, sondern lediglich Dänen und Polen.⁷⁰ Zweitens hätten auch Großbritannien oder Frankreich einer anderen Großmacht nicht eine damals als demütigender Eingriff in die staatliche Souveränität empfundene Minderheitenschutzverpflichtung auferlegen wollen. Eine allgemeine international garantierte Minderheitenschutzverpflichtung war zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzbar, weil auch die siegreichen europäischen Großmächte eine solche nicht hätten eingehen wollen.

Wieder in Prag, hat sich Beneš am 30. September 1919 in seinem ausführlichen Bericht über Verlauf und Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz für die Tschechoslowakei auch zum tschechoslowakischen Engagement für die Lausitzer Sorben geäußert: „In der Angelegenheit unserer Brüder aus den Lausitzen haben wir Forderungen erhoben, welche uns unsere slawische Pflicht und das Gefühl für unsere unterdrückten slawischen Brüder auferlegten. Es wurde nicht das erreicht, was wir uns gewünscht hätten. Erreicht wurde ein Schutzversprechen seitens des Völkerbundes und ihnen wurde so die nationale Existenz gesichert. Sobald sich das Problem erhob, hat die Kommission zwar die Forderungen der Lausitzer Sorben geprüft, aber alle Delegierten behaupteten übereinstimmend, dass dieses Problem derart gelöst werden müsse, dass zwar den Lausitzer Sorben die nationale Existenz gesichert wird, aber eine territoriale Lösung lehnten sie ab.“⁷¹

Man kann sagen, dass dies im Ganzen zutreffend war, wenn auch mit einer Prise Schönfärberei beziehungsweise des für Benešs Reden typischen Optimismus, was das vermeintliche Schutzversprechen des Völkerbundes betraf. Sollte dieses existiert haben, so kam es beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund 1926 nicht zum Tragen. Davor hätte es keinen Wert gehabt, da Deutschland als Nichtmitglied des Völkerbundes nicht dessen Minderheitenschutzverfahren unterworfen war.

Die tschechoslowakische Diplomatie mit Beneš an der Spitze hat sich zwar tatsächlich in einem gewissen Umfang dafür eingesetzt, Garantien für eine autonome nationale Existenz der Sorben zu sichern. Warum nicht nachdrücklicher? Es handelte sich nur um ein nachgeordnetes Ziel, verglichen mit der Durchsetzung der wichtigen bzw. existenziellen territorialen Forderungen der Tschechoslowakei. Zudem musste sie während der Friedenskonferenz schwere Krisen bewältigen. Als Beispiele seien die zeitweise sogar kriegerische Auseinandersetzung mit Polen über das Gebiet von Těšín⁷² oder die zeitweilige Besetzung großer Teile der Slowakei⁷³ durch Truppen Räteungarns genannt. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, dass Masaryk und Beneš damit rechneten, dass Deutschland

⁷⁰ CHODĚJOVSKÝ, Lužice, 129.

⁷¹ Rede Beneš vor dem Plenum der Revolutionären Nationalversammlung in Prag am 30. 9. 1919, in: Eduard BENEŠ (Hg.): Problémy nové Evropy a zahraniční politika československá. Projevy a úvahy z r. 1919–1924 [Die Probleme des neuen Europa und die tschechoslowakische Außenpolitik. Reden und Betrachtungen aus den Jahren 1919–1924]. Praha 1924, 7–32, hier 19.

⁷² Vgl. Félix BUTTIN: The Polish-Czechoslovak Conflict over Teschen Silesia (1918–1920): a case study, in: Perspectives 25 (Winter 2005/2006), 63–78. Unter anderem der Streit um dieses Gebiet belastete die tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen in der gesamten Zwischenkriegszeit, vgl. Josef VALENTA: Die Teschener Frage in der Zwischenkriegszeit 1918–1939, in: Peter HEUMOS (Hg.), Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Gesellschaft im Vergleich. München 1997, 129–150.

⁷³ Für die Schwierigkeiten bezüglich der Gewinnung der Slowakei vgl. als Überblick Marián HRONSKÝ: The Struggle for Slovakia and the Treaty of Trianon. 1918–1920. Bratislava 2001.

nach einigen Jahren ein wirtschaftlich und machtpolitisch wieder sehr starker Nachbar der Tschechoslowakei sein werde, zu dem man ein erträgliches Verhältnis finden müsse. Auch deshalb wurden keine exorbitanten territorialen Forderungen gegenüber Deutschland erhoben, die das angestrebte erträgliche Verhältnis von vornherein zusätzlich belastet hätten.

Beneš hat dies mit einer der damaligen Situation geschuldeten gewissen Schönfärberei, aber mit einem realen Kern, am 14. Oktober 1937 in seiner mit dem durchsichtigen Pseudonym X. Y. gezeichneten Artikelserie „Deutschland und die Tschechoslowakei“ in der „Prager Presse“ so beschrieben: „Es ist wahr, dass die tschechoslowakische Delegation [...] gewisse Schutzmaßnahmen für die nationale Existenz der Lausitzer Serben im Nachkriegsdeutschland verlangte. Tatsache ist weiter, dass die tschechoslowakische Delegation [...] der Friedenskonferenz ihre maximalen Vorschläge vorgelegt hat, wobei sie wusste, dass viele davon nicht erfüllt werden würden, und dass sie nicht erfüllt werden können. Wenn die Führer der tschechoslowakischen Delegation dieses oder jenes entweder aus ideellen und moralischen Gründen, ohne überhaupt irgendeine weitgehende praktische Lösung zu erwarten, weil eine solche politisch unmöglich war (die Lausitz, der Korridor) oder als taktisches Zugeständnis an die eigene damalige öffentliche Meinung getan haben, so haben sie demgegenüber loyal sogleich den negativen Standpunkt der Experten der Großmächte angenommen, ohne darauf zu beharren; sie haben damit die Sache als endgültig gelöst betrachtet.“⁷⁴

Da sich die tschechoslowakische Delegation aber tatsächlich für den erreichbar scheinenden Minderheitenschutz für die Sorben innerhalb Deutschlands eingesetzt hat, scheint das Urteil zu hart, sie seien in Paris „only pawns on a diplomatic chessboard“⁷⁵ oder „a bargaining chip“⁷⁶ gewesen. Egal, was Taktieren oder Kalkül gewesen sein mag, entscheidend dafür, dass die tschechoslowakischen Diplomaten trotz ihrer Bemühungen auf der Friedenskonferenz im Grunde nichts von den Wünschen des Sorbischen Nationalausschusses erreichen konnten, ist, dass diese Frage für die Friedensmacher absolut nachrangig war,⁷⁷ was sich durch Černýs Tagebuch vielfach belegen lässt, und dass diese hierdurch nicht den ohnehin komplizierten Friedensschluss mit Deutschland zusätzlich erschweren wollten. Lloyd George, Clemenceau und Wilson haben sich letztlich dafür entschieden, die Grenze zwischen Deutschland und der neuen Tschechoslowakei weder

⁷⁴ Edvard BENEŠ: Deutschland und die Tschechoslowakei. Ein Beitrag zu einer historisch-politischen Diskussion. 70 Jahre nach dem Erscheinen neu herausgegeben und eingeleitet von Peter GERLINGHOF. Sangerhausen 2008, 88. Zwar muss man beachten, dass Beneš dies zu diesem Zeitpunkt in der Absicht schrieb, die Behauptung, die Tschechoslowakei habe auf der Friedenskonferenz eine extrem deutschlandfeindliche Haltung vertreten, zu widerlegen. Einen wahren Kern haben seine Ausführungen trotzdem. Allerdings ist es gut möglich, dass Beneš bewusst erst Maximalforderungen stellte, um dann bereitwillig darauf zu verzichten, um dank seines dadurch erworbenen Rufes als „moderate and reasonable“ die tatsächlich wichtigen Ziele zu erreichen. MAXWELL, Edvard Beneš, 363.

⁷⁵ RALSTON, Lusatian Question, 258.

⁷⁶ MAXWELL, Edvard Beneš, 361.

⁷⁷ Vgl. eine von Černý am 8.4.1919 festgehaltene Äußerung Štefániks, wonach Wilsons Sekretär zufolge „die Amerikaner über die Lausitzer Sorben nichts hören wollen“. Černý notierte bestürzt: „Was uns so einfach schien – und was in Böhmen und in der Lausitz so romantisch als fertige Angelegenheit dargestellt wurde – scheint unerreichbar zu sein“. Paříž 1919, 132.

in die eine noch in die andere Richtung zu verschieben,⁷⁸ und damit war der erstrebte sorbische Staat vom Tisch und der Umgang des Deutschen Reiches mit den Sorben weiterhin eine innerstaatliche Angelegenheit Deutschlands. Vielleicht wären die Erfolgsaussichten des Sorbischen Nationalausschusses besser gewesen, hätten die Sorben über eine Auslandsorganisation von Landsleuten in den Vereinigten Staaten verfügt, die dort Lobbyarbeit hätten betreiben können. Da es eine solche nicht gab, wussten und erfuhren die Alliierten während des Krieges buchstäblich nichts von den Lausitzer Sorben, deren politische Bestrebungen auch erst ganz am Ende des Krieges hervortraten⁷⁹ und die zudem nicht einheitlich einen eigenen selbstständigen Staat anstrebten.⁸⁰

Rückblickend bezeichnete der tschechoslowakische Diplomat Vladimír Vochoč 1924 in einem Aufsatz über Ziele und Methoden Benešs auf der Pariser Friedenskonferenz den „Schutz der Lausitzer Sorben“ aus Sicht der tschechoslowakischen Delegation lediglich als „Gegenstand von Diskussion und Kompromiss“, der „am ehesten durch einen internationalen Minderheitenschutz“ eine Lösung finden könne; leider sei aber „trotz aller Anstrengungen nicht über die Lausitzer Sorben verhandelt worden“.⁸¹ Gemeint war hier zutreffender Weise, dass auf höchster Ebene der Friedenskonferenz nicht über die Sorben verhandelt oder gar entschieden wurde. Dieser Misserfolg ist aber nicht nur darauf zurückzuführen, dass die durchaus vorhandene Unterstützung der Tschechoslowakischen Delegation für die Minimallösung einer sorbischen Autonomie innerhalb Deutschlands vielleicht nicht hinreichend war. Dies wäre, selbst wenn es zutreffen sollte, nur ein Faktor unter mehreren gewesen.

⁷⁸ Vgl. Margaret MACMILLAN, *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*. Bonn 2015, 321 sowie MAXWELL, *Edvard Beneš*, 365 zur Sitzung des Rates der Vier am 4. 4. 1919.

⁷⁹ Štefan Osuský, der Sekretär der tschechoslowakischen Delegation, sagte am 11. 3. 1919 zu Černý, „dass die Sache der Lausitzer [Sorben] am meisten durch den Umstand geschädigt werde, dass sich die Sorben bis zum revolutionären Umsturz in Deutschland überhaupt nicht zu Wort gemeldet haben.“ Eintrag Černýs vom 12. 3. 1919, in: Paříž 1919, 117. Hervorhebung im Original.

⁸⁰ Vgl. den undatierten Aufruf „Was wollen wir?“ des „Ausschusses sachsentreuer Wenden“; CHODĚJOVSKÝ, *Lužice*, 231 (Abbildung 19). Ebenda, 28 zufolge blieb die Mehrheit der sorbischen Bevölkerung den Bestrebungen des Sorbischen Nationalausschusses gegenüber passiv. Bezeichnend ist auch, dass nach monatelangen Bemühungen, in britischen Kriegsgefangenenlagern eine Separierung sorbischer von deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen, die Mehrheit der in Lager für österreichisch-ungarische Kriegsgefangene verlegten Sorben die Rückverlegung in die Lager für Deutsche verlangten, „weil sie sich als Deutsche betrachten“, wie ein Bericht aus Großbritannien vermerkte. Daraufhin notierte der frustrierte Černý: „Eine traurige Illustration der sorbischen Verhältnisse!“. Eintrag Černýs vom 11. 7. 1919, in: Paříž 1919, 172.

⁸¹ Vladimír VOCHOČ: *Dr. Beneš a mírová konference pařížská* [Dr. Beneš und die Pariser Friedenskonferenz], in: Jaroslav WERSTADT (Red.), *Dr. Edvard Beneš. Spoluzakladatel nové svobody a tvůrce zahraniční politiky československé. Sborník statí* [Dr. Edvard Beneš. Mitbegründer der neuen Freiheit und Gestalter der tschechoslowakischen Außenpolitik. Aufsatzsammelband]. Praha 1924, 84–121, hier 94 und 101.